



Suchergebnisse: Proklamation

1. Januar 1806 – Fehlende Kroninsignien und Salbung des Königspaares

München-Graggenau * Was fehlt, sind die Kroninsignien und natürlich die feierliche Krönung mit kirchlicher Salbung des Königspaares. Napoleon hätte gerne eine Krönung gesehen, die aber in München nicht gewollt ist. Begründet wird dies damit, dass im immer noch bestehenden Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation derartige Königskrönungen unbekannt sind. Da aber Bayern, Württemberg, Baden und Frankreich bestrebt sind, die Bestimmungen des Friedens von Preßburg vom 26. Dezember 1805 schnellstmöglich umzusetzen und damit unumkehrbar zu machen, fehlt für eine Krönung sowohl in München als auch in Stuttgart die dazu notwendige Vorbereitungszeit. So findet lediglich die Proklamation der neu entstandenen Königreiche Bayern und Württemberg zeitgleich statt. Freilich gibt es noch andere Gründe, die gegen eine Krönung sprechen, aber nicht laut ausgesprochen werden: Die Wittelsbacher wollen den Anschein vermeiden, die Königswürde sei dem militärischen Erfolg und dem Willen Napoleon Bonapartes zu verdanken. Dieser hat eine Rangerhöhung der süddeutschen Staaten nur deshalb angestrebt, um zuverlässige Bündnispartner gegen Österreich zu gewinnen und dessen Machteinfluss zu beschränken. Damit ist Napoleon auch dem Ziel, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu zerschlagen und zu beerben, ein Stück näher gekommen. Und wenn man schon die bayerische Unabhängigkeit und Souveränität als eine von Frankreich und Napoleon unabhängige legitimiert gewusst haben will, scheint eine Krönungszeremonie - noch dazu in Anwesenheit des französischen Kaisers - für absolut unakzeptabel. Im Königlich-Baierischen Regierungsblatt vom 1. Januar 1806 wird deshalb angemerkt: „Unsere feyerliche Krönung und Salbung haben Wir auf eine günstigere Jahreszeit vorbehalten, welche Wir in Zeiten öffentlich bekannt machen werden.“ Geplant ist die Krönungszeremonie für Oktober 1806.

1. Januar 1806 – Die Proklamation des Königreichs Bayern

München * Der Landesherr Joseph von Stürzer verliest an verschiedenen Orten der Stadt die Proklamation des Königreichs Bayern und bringt ein Hoch auf König Max I. Joseph aus. Eskortiert wird er von dreißig berittenen Angehörigen der Bürgerwehr.

2. Januar 1806 – Ein Militärspektakel mit erbeuteten Waffen



München * Ein ursprünglich für den Neujahrstag geplantes Militärspektakel muss wegen der Königsproklamation auf den 2. Januar verlegt werden. Dabei werden Kanonen, Gewehre und Fahnen präsentiert, die einst von kaiserlichen Soldaten als Trophäen nach Wien gebracht und nun von Napoleon als Zeichen der Verbindung von Frankreich und Bayern sowie der gemeinsamen Abgrenzung gegenüber Österreich im Triumph zurückgeführt worden waren.

15. Januar 1806 – Bezüge zu Napoleon und Frankreich werden ausdrücklich vermieden

München * In den ab dem 15. Januar 1806 versandten formellen Benachrichtigungen an die Fürsten im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und in allen anderen bayerischen Verlautbarungen zur Annahme der Königswürde werden Bezüge zu Napoleon und Frankreich für die Rangerhöhung ausdrücklich vermieden. Stattdessen knüpft Max I. Joseph an die Königswürde der Agilolfinger an, die er mit der Königskrönung ja bloß wiederherstelle.

27. Oktober 1809 – Andreas Hofer erhält 18.000 Papiergulden für den Kampf gegen Frankreich

Tirol * Ein Bote aus Wien überbringt Andreas Hofer 18.000 Papiergulden zur Unterstützung des Kampfes gegen Frankreich und Bayern. Fast gleichzeitig trifft die gedruckte Friedensproklamation des italienischen Vizekönigs Eugène Beauharnais ein. Das Schreiben enthält auch die Zusage, dass kein Tiroler „Rebell“ eine Strafe zu erwarten habe. Die Tiroler Aufständischen sehen in der Friedensproklamation aber nur eine Kriegslist des bayerisch-französischen Feindes.

2. November 1809 – Die Tiroler beschließen ein Unterwerfungsschreiben

Tirol * Ein französischer Offizier mit wichtigen Schriftstücken wird von den Tiroler Rebellen gefangen genommen. Die Dokumente enthalten eindeutige Beweise über die Richtigkeit des Schönbrunner Friedens, die auch die hartnäckigsten Zweifler überzeugen. Die Versammelten beschließen ein Unterwerfungsschreiben an Napoleons Adoptivsohn Eugène Beauharnais, dem Vizekönig von Italien, der auch die den Tirolern zugestellte Friedensproklamation unterzeichnet hatte.

3. November 1809 – Eine Abordnung der Tiroler reisen zu Eugène Beauharnais



Tirol - Villach * Eine Abordnung der Tiroler Aufständischen, bestehend aus Jakob Sieberer und Josef Daney, macht sich auf den Weg nach Villach, wo Eugène Beauharnais residiert.

4. November 1809 – Andreas Hofer unterzeichnet das Unterwerfungsschreiben

Tirol - Pustertal - Innsbruck * Andreas Hofer unterzeichnet als „gewöster Oberkommandant“ ein „Unterwerfungsschreiben“ für das Pustertal an den in Innsbruck kommandierenden General Drouet. Nahe der Trostburg in Südtirol wird eine 1.200 Mann starke französische Truppe angegriffen. Um ein Drittel dezimiert entkommt die Einheit nach Bozen.

6. November 1809 – Eine Abordnung der Tiroler Aufständischen wird empfangen

Tirol * Jakob Sieberer und Josef Daney, die Abordnung der Tiroler Aufständischen, werden vom italienischen Vizekönig empfangen. Eugène Beauharnais bestätigt in einem Schreiben die wichtigsten Punkte der Friedensproklamation vom 25. Oktober. Darunter auch die Straffreiheit der Rebellen, obwohl die Tiroler die Waffen nicht niedergelegt haben.

12. November 1809 – Italiens Vizekönig Eugène Beauharnais erlässt eine Proklamation

Tirol * Italiens Vizekönig Eugène Beauharnais erlässt eine Proklamation, derzufolge jeder erschossen wird, der noch zu den Waffen greift oder auch nur eine Waffe versteckt hält.

6. März 1848 – Die Minister wollen eine Weiterentwicklung der Verfassung

München * König Ludwig I. kündigt in einer vom Leitenden Minister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein verfassten Proklamation Verbesserungen in all den von den Bürgern geforderten Punkten an. Auch die Minister halten die Forderungen für berechtigt und plädieren für eine Weiterentwicklung der Verfassung - und damit für mehr Rechte des Parlaments. Keiner tritt für die Beibehaltung der ludovizianischen Politik ein. Die weitreichenden Zugeständnisse des Königs kommen einer politischen Bankrotterklärung gleich.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht



München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

20. März 1848 – „Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“

München * König Ludwig I. stellt in einer Proklamation an das bayerische Volk die zentralen Momente seiner Herrschaft - aus seiner Sicht - dar: „Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; - als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit dem Staatsgeldern um. [...] Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Bayern, für Teutschland.“ Den liberalen Forderungen der Märzrevolution kann und will der Autokrat Ludwig I. nicht entsprechen. „Regieren konnte ich nicht mehr und einen Unterschreiber abgeben wollte Ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“.

9. Juni 1852 – König Max II. schafft die Vereidigung der Armee auf die Verfassung ab

München * König Max II. lässt die Vereidigung der Armee auf die Verfassung abschaffen. Diese hatte sein Vater König Ludwig I. mit Ausrufung der Proklamation am 6. März 1848 eingeführt. Im neuen Eid ist von der Verfassung keine Rede mehr.



16. Januar 1871 – Alles eine Frage der richtigen Anrede

Versailles * Die Frage der richtigen Anrede des künftigen Kaisers sollte noch zu viel Ärger führen. Im „Kaiserbrief“ von König Ludwig II. benannte dieser den höchsten Repräsentanten mit „deutscher Kaiser“. Doch der Preußenkönig Wilhelm I. wollte den Titel „Kaiser von Deutschland“ und damit weitreichende Machtbefugnisse. Der Titel „deutscher Kaiser“ strahlt für ihn keine Macht aus. Abfällig äußert er sich dazu: „Was soll mir der Charaktermajor?“ Gemeint damit ist zu dieser Zeit ein unbesoldeter Ehrentitel, mit dem man meist beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst geehrt wird. Dieser hat zwar alle äußerlichen Anzeichen einer Beförderung wie Uniform, Titel etc., jedoch keinerlei wirklichen Befugnisse. Also, ein Titel ohne jeden Wert. Dennoch hat der Norddeutsche Bund zuvor den Titel „deutscher Kaiser“ beschlossen.

17. Januar 1871 – Der angehende Kaiser flippt aus

Versailles • Dass der Norddeutsche Bund den Titel „deutscher Kaiser“ beschlossen hat, verärgerte den Preußenkönig Wilhelm I. derart, dass er noch bei den Schlussberatungen einen Tag vor der Proklamierung erklärt, „er wolle Kaiser von Deutschland oder gar nicht Kaiser sein“. Weder Bismarck noch Wilhelms Sohn können ihn überzeugen. Im Gegenteil: „Im höchsten Zorn sprang der König schließlich auf, brach die Verhandlungen ab und erklärte, von der morgen angesetzten Feier nichts mehr hören zu wollen.“

18. Januar 1871 – Prinz Otto empfindet die Kaiserproklamation als bedrückend

Versailles * Als König Wilhelm von Preußen in der Spiegelgalerie von Schloss Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wird, lässt sich der Bayernkönig Ludwig II. von Prinz Otto und seinem Onkel Luitpold vertreten. Otto empfindet die Kaiserproklamation als bedrückend. Seinem Bruder klagt er: „Der deutsche Kaiser, das deutsche Reich, Bismarck, die laute preußische Begeisterung, die vielen Stiefel, das alles macht mich sehr traurig“. Ein böses Gerücht macht die Runde, in dem Otto nachgesagt wird, er hätte während der Proklamation zu Versailles „infolge einer plötzlichen Diarrhöe ein degoutantes Malheur gehabt“. Das heißt, er hat - aus ohnmächtiger Enttäuschung und Widerwillen, vielleicht aber auch schon als Folge seiner geistigen Zerrüttung - in die Hose gemacht. In Bayern geht der Satz um: „Otto hat auf Preußens Kaiserkrone geschissen!“



18. Januar 1871 – Der Tag der Kaiserproklamation

Versailles • Als Tag der Kaiserproklamation hat man den 18. Januar 1871 auserkoren. Es ist der Tag, als Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg im Jahr 1701 zum ersten preußischen König Friedrich I. gekrönt und damit zugleich das Königreich Preußen gegründet worden ist. Mit der Terminwahl will das Haus Hohenzollern an seinen Aufstieg innerhalb von 170 Jahren von Kurfürsten zu mächtigen Monarchen Europas erinnern.

18. Januar 1871 – Die Frage der richtigen Anrede geht weiter

Versailles • Da sich auch am frühen Tag der Proklamation noch nicht abzeichnete, wie die unwillige Hauptperson, König Wilhelm I. reagieren würde, nimmt Bismarck mit dem ranghöchsten anwesenden Fürsten, der den Kaiser proklamieren soll, Kontakt auf. Es ist dies Friedrich I., der Großherzog von Baden. Auf die Frage, wie er gedenke, Wilhelm auszurufen, schockiert dieser Bismarck mit den Worten: „Kaiser von Deutschland, auf Befehl Seiner Majestät.“ Bismarck bittet den Großherzog inständig, Wilhelm I. von der Unmöglichkeit dieser Titulatur zu überzeugen, da dies die süddeutschen Monarchen kaum akzeptieren würden. Außerdem lautet der verfassungsmäßige Titel seit dem 1. Januar bereits „Deutscher Kaiser“.

18. Januar 1871 – Otto von Bismarck fällt ein Stein vom Herzen

Versailles • Um 12 Uhr beginnt die Zeremonie der Kaiserproklamierung im prachtvollen Schloss des „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV.. Nach einer kurzen Rede Wilhelms I., in der er die Kaiserwürde annimmt, verliest Reichskanzler Otto von Bismarck die Proklamation. Dann wird es spannend. Der Großherzog von Baden tritt nach vorne und ruft: „Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch! Hoch! Hoch!“ Eine elegante Lösung. Otto von Bismarck fällt ein Stein vom Herzen. Gleichzeitig wird auch das Zweite Kaiserreich gebildet und ausgerufen.

10. Juni 1886 – Prinzregent Luitpold unterzeichnet die Regentschaftsproklamation

München * Die Regentschaftsproklamation des Prinzen Luitpolds wird vom Gesamtministerium gegengezeichnet. Der 65-jährige Luitpold von Bayern wird damit zum Verweser des Königreichs Bayern, oder kurz gesagt zum Prinzregenten. In der Zwischenzeit hat sich eine elfköpfige „Fang-Kommission“ - unter Beteiligung des Ministers Krafft Freiherr von Crailsheim, der Vormünder, Dr. Bernhard von Gudden und anderen - auf den Weg nach Schloss



Neuschwanstein gemacht. Sie sollen den König von seiner Regierungsunfähigkeit und der Übernahme der Regentschaft durch Prinz Luitpold unterrichten und ihn in irrenärztliche Pflege übernehmen. Der rechtzeitig informierte König Ludwig II. lässt die Kommission von Gendarmen aus Füssen festnehmen. Erst am Nachmittag, nachdem sich die Regentschaftsproklamation Luitpolds auch in Füssen herumgesprochen hat, werden die Gefangenen wieder freigelassen.

14. Juni 1886 – Prinz Luitpold tritt auch die Regentschaft für König Otto I. an

München - Schloss Fürstenried * Nachfolger auf dem Thron des Märchenkönigs und damit Bayerns fünfter König wird dessen 38-jähriger, schwer geisteskrank, seit dem 16. März 1878 entmündigte und seit März 1880 in Schloss Fürstenried weggesperrte Bruder Otto I.. Er wird offiziell zum König proklamiert, wobei man die feierliche Ausrufung durch einen Herold allerdings unterlässt. Pro forma werden aber die Truppen auf den neuen König Otto I. vereidigt. Obwohl er den Königstitel seit dem Tag seiner Proklamation bis zu seinem Lebensende - am 11. Oktober 1916 - trägt, wird er in den bayerischen Geschichtsbetrachtungen kaum erwähnt. Otto ist dreißig Jahre lang bayerischer König; so lange wie kein anderer Wittelsbacher. Der um drei Jahre jüngere Bruder des Märchenkönigs ist allerdings wegen „schwerer und unheilbarer geistiger Umnachtung“ nicht in der Lage, die Regierungsgeschäfte wahrzunehmen. Ein von drei unabhängigen Ärzten verfasstes und in Einstimmigkeit unterzeichnetes Gutachten „über den Geisteszustand seiner Majestät Otto I. von Bayern“ kommt zu dem abschließenden Ergebnis, dass „Seine Majestät Otto I. König von Bayern in Folge langjähriger und unheilbarer Geistesstörung als verhindert an der Ausübung der Regierung zu betrachten sei, und daß diese Verhinderung mit Bestimmtheit für die ganze Lebenszeit andauern werde“. Auch der „Besondere Ausschuss der Kammer der Reichsräte“ befasst sich mit dem Gesundheitszustand des fünften Bayernkönigs. Deshalb tritt Prinz Luitpold auch die Regentschaft für König Otto I. an und damit in die in der Bayerischen Verfassung aus dem Jahr 1818 vorgesehene Regelung der Reichs-Verwesung ein. Diese ist vorgesehen, „während der Minderjährigkeit des Monarchen“ oder „wenn derselbe an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit verhindert ist, und für die Verwaltung des Reichs nicht selbst Vorsorge getroffen hat, oder treffen kann“. Der Regent unterzeichnet als „des Königreichs Baiern Verweser“ oder - populär ausgedrückt - als Prinzregent. Die Bayerische Verfassung schließt also die Thronfolge trotz der gegebenen Regierungsunfähigkeit nicht aus.

15. Juni 1886 – König Otto I. wird die Thronfolge- und Regentschaftsproklamation verlesen



Schloss Fürstenried * Oberhofmarschall Ludwig Freiherr von Malsen und General Siegmund Freiherr von Pranckh besuchen den neuen König Otto I. und melden ihm den Tod seines Bruders Ludwig. II.. Otto zeigt keine Regung auf die Todes-Nachricht. Danach wird ihm die Thronfolge- und Regentschaftsproklamation verlesen. Er freut sich offensichtlich darüber, künftig mit Majestät angesprochen zu werden. Ob er jedoch die Nachricht in Gänze begriffen hat, wird schon damals bezweifelt.

22. April 1905 – Lothar von Trotha droht den Nama ebenfalls mit Vernichtung

Deutsch-Südwestafrika * General Lothar von Trotha erlässt eine ähnliche Proklamation wie gegen die Herero und droht den Nama ebenfalls mit Vernichtung. Da die Proklamation jedoch nicht zur massenweisen Unterwerfung der Nama führt und die gewünschte Wirkung verpufft, bleiben entscheidende Erfolge für die deutschen Truppen aus. Der Guerillakrieg setzt sich fort.

30. Oktober 1913 – Verfassungsänderung zur Beendigung der Regentschaft

München-Kreuzviertel * Die Abgeordnetenkammer beschließt ein verfassungsänderndes Gesetz mit 122 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten. Mit diesem Gesetz kann der „Regent die Regentschaft für beendet und den Thron für erledigt erklären“, wenn „wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs“ auch „nach Ablauf von zehn Jahren keine Aussicht auf Regierungsfähigkeit“ besteht. Damit hat der Prinzregent die Möglichkeit, seinen noch lebenden geisteskranken Cousin, den legitimen König Otto I., zu entthronen. Prinzregent Ludwig III. wollte politisch eine Veränderung herbeiführen und konnte mit dem Zentrum und den Liberalen auf eine breite parlamentarische Mehrheit bauen. Doch eine schlichte Proklamation Ludwigs III. zum König wurde von den Abgeordneten als nicht ratsam erachtet, da auch der Prinzregent eine Übertragung der Krone durch den Landtag ablehnte. Schließlich wollte Ludwig III. kein „König von Volkes Gnaden“, sondern ein „König von Gottes Gnaden“ sein.

28. Oktober 1918 – Die Proklamation an die bayerischen Bauern

München-Ludwigsvorstadt * Der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Karl Gandorfer, spricht in einer Versammlung im Mathäuserbräu und fordert die politische Mitbestimmung der Bevölkerung. In einer Proklamation an die bayerischen Bauern verlangt er eine Volksregierung in Bayern und die gänzliche Beseitigung der Reichsratskammer. Auf der Versammlung ist auch



Kurt Eisner anwesend.

7. November 1918 – Räte besetzen die Druckerei der Münchner Neuesten Nachrichten

München * Um 23 Uhr besetzen die Räte die Druckerei der Münchner Neuesten Nachrichten. Dadurch kann am nächsten Morgen die Proklamation Kurt Eisners in die Öffentlichkeit getragen werden.

8. November 1918 – Die Proklamtion des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich



vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

28. Februar 1919 – Der Zentralrat äußert sich zum Eisner-Attentat

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint eine Proklamation, in der der Zentralrat über die Vorkommnisse nach dem Attentat schreibt: „Der Schuss, der Kurt Eisner tötete und mit ihm die Revolution vernichten sollte, [musste] das Signal zur Sicherung und Fortführung von Eisners Werk sein. Die Arbeiterschaft aller Richtungen war geschlossen, die gesamte Garnison Münchens stellte sich ihr zur Seite“. Doch das ist reines Wunschdenken.

1. März 1919 – Der Rätekongress wählt einen Aktionsausschuss

München-Kreuzviertel - München-Theresienwiese * Der Rätekongress wählt einen Aktionsausschuss. Noch während der Sitzung kommt es auf der Theresienwiese zu einer Demonstration gegen die Verhaftungen vom Vortag und für die Proklamation der Räterepublik. Die daraufhin aufmarschierende Republikanische Schutztruppe schießt wahllos in die Menge, tötet drei Menschen und verletzt neun schwer. Die Nachricht wird im Rätekongress mit einer Mischung aus Erleichterung und Abscheu aufgenommen. Die Radikalen sehen darin den völligen „Bankrott der Sozialdemokratie“. Für sie erklärte der Anarchist Gustav Landauer: „In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die Sozialdemokratische Partei.“

4. April 1919 – Die Kommunisten lehnen die Räterepublik ab

München * In einer Vertreterversammlung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Ausschüsse fordert Gustav Klingelhöfer die Proklamation der Räterepublik.

Eugen Leviné und Max Levien sprechen sich als Führer der kommunistischen Partei gegen die Räterepublik aus, obwohl sie diese bisher lautstark propagiert haben.



5. April 1919 – Gegen die vom Zentralrat geplante Ausrufung einer Räterepublik

München * Die Kommunistische Partei spricht sich gegen die vom Zentralrat geplante Ausrufung einer Räterepublik aus. Denn, so seine Begründung:

Die Proklamation ist entweder eine bewusste Provokation, um die Idee der Räterepublik zu diskreditieren, oder der Versuch, bankrotter SPD-Führer, den Anschluss an die Massen zu gewinnen; die Massen sind nicht aufgeklärt, es gibt keinen eigenständigen bayerischen Weg der Revolution und die Kommunisten beanspruchen die Führung. Es wäre nur eine Diktatur des Zentralrates und eben nicht die von den Kommunisten angestrebte Diktatur des Proletariats.

7. April 1919 – Die Mitglieder des Zentralrats rufen die Räterepublik Bayern aus

München * In der Nacht vom 6. auf den 7. April erfolgt im Wittelsbacher Palais mit Zustimmung von Vertretern der SPD, der USPD, der Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates die Proklamation der Bayerischen Räterepublik. Dieser Vorgang wird als 3. Revolution, als Räterepublik des Zentralrats oder - von den Kommunisten - auch als Scheinräterepublik bezeichnet. Die Regierung Hoffmann hat sich - wahrscheinlich unter dem Einfluss der Parteileitung in Berlin - im letzten Moment gegen die Ausrufung entschieden. Durch den Boykott der Kommunisten und den Rückzug der SPD fallen den Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrats und der USPD eine Schlüsselrolle zu.

7. April 1919 – Hoffnung auf eine Räterepublik

München-Bogenhausen * Thomas Mann vertraut seinem Tagebuch folgendes an: „Die erste Seite der Nachrichten mit der Proklamation der Räte-Republik bedeckt. Heute Generalstreik und ‚Nationalfeiertag‘. Anschluss an Ungarn und Russland, Bruch mit Berlin. Rote Garde. Sozialisierung der Presse. Expropriierungspläne [= Sozialisierungspläne]. Der Ton ist scharf, und doch ist klar, dass es sich um ein vorbeugendes Werk der Mehrheitssozialisten handelt, wie schon bei der ersten Revolution, allerdings so weit gehend, dass die Kommunisten mittun können. Doch rechne ich mit einer vierten, ganz radikalen Umwälzung, bevor der Rückschlag kommt. Es ist anzunehmen, dass das Reich folgen wird, und wenn der radikale Sozialismus in Deutschland haltbare Formen annimmt, wird auch den Proletariern der Entente-Länder, die dann von kapitalistischer Ausbeutung Deutschlands nichts mehr zu hoffen haben, nichts anderes mehr übrig bleiben. Man muss anerkennen, dass der Kapitalismus gerichtet ist.“



13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

5. November 1921 – Anspruch der Wittelsbacher auf die bayerische Krone

München-Kreuzviertel * Bei seiner Traueransprache erneuert der erstgeborene Sohn Ludwigs III., Ex-Kronprinz Rupprecht von Bayern, den Anspruch der Wittelsbacher auf die bayerische Krone.

Doch die Befürchtungen der konservativen bayerischen Staatsregierung, dass die Trauerzeremonie mit der Proklamation Rupprechts zum neuen König von Bayern enden würde, erfüllen sich nicht, da sowohl der Ex-Kronprinz als auch der Regierungspräsident Gustav von Kahr den Zeitpunkt für noch nicht geeignet halten.

19. September 1945 – Bayern wird wieder zum Staat

München * Die amerikanische Militärregierung verfügt mit der Proklamation Nr. 2 die Bildung der Verwaltungsgebiete Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern, „die von jetzt ab als Staaten



bezeichnet werden“. Die von den Amerikanern im Rahmen ihrer Demokratisierungsbestrebungen eingesetzten bayerischen Staatsregierungen stehen aber unter der Oberhoheit der US-Militärregierung für Bayern. US-General Clay, erst stellvertretender, später oberster Militärgouverneur, schreibt später in seinen Memoiren: „Rückblickend meine ich, dass wir diese Aufgabe sicher als hoffnungslos angesehen hätten, wenn wir das chaotische Durcheinander voll überblickt hätten.“

21. Februar 2017 – Die Linke will einen Kurt-Eisner-Platz

München * Die Fraktion Die Linke des Münchner Stadtrats bringt einen Antrag zur Umbenennung des Marienhofs in Kurt-Eisner-Platz ein. Darin heißt es: „Der bislang namenlose Platz nördlich des Rathauses wird anlässlich des hundertsten Jahrestages der Proklamation der „freien Volksrepublik Bayern“ durch den ersten Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner zum „Kurt-Eisner-Platz“ gewidmet. Die Landeshauptstadt setzt sich beim Betreiber der S-Bahn München dafür ein, dass auch die geplante Haltestelle für den zweiten S-Bahn-Tieftunnel nach Kurt Eisner benannt wird.“
